

Landtagsabgeordn. Prof. Richard Eichhoff

vor seinen Wählern in Donsdorf am 11. Januar 1907.

Sehr geehrte Herren! Dem ehrenvollen Ruf, der aus weiten Kreisen der bergischen Wählerschaft an mich ergangen ist, bin ich gern und freudig gefolgt und ich sage Ihnen meinen wärmsten Dank für das große Vertrauen, mit dem Sie mich beehrt haben. Zum ersten Male zieht das gesamte liberale Bürgerium einig und geschlossen in die Wahlschlacht; und auch zahlreiche konservative Männer haben sich ihm angeschlossen, die vergessen, was uns trennt.

Meine Herren! Ich bin vielen von Ihnen kein Fremder mehr: seit nahezu 25 Jahren stehe ich hier im öffentlichen Leben; seit 8 1/2 Jahren habe ich dem Reichstag als freikämiger Abgeordneter angehört; seit 3 Jahren haben Sie mich als Vertreter in den preussischen Landtag entsandt. Meine Herren! Ich weiß wohl, daß meine politischen Ueberzeugungen nicht bis in alle Einzelheiten diesem oder jenem Wähler gefallen. Das kann ja auch nicht anders sein; das verlangen Sie ja gar nicht von mir. Sie verlangen von mir nur die redliche Ueberzeugung eines freien deutschen Mannes. In diesem Wahlkampfe aber umschließt uns alle ein gemeinfames festes Band, das offensichtlich niemals mehr zerreißbar wird: die Liebe zum großen deutschen Vaterlande!

Und so stehe ich heute zum ersten Male vor meinen bergischen Wählern, um ihnen das Banner des Gemeinwohlens voran zu tragen. Schon ist der Wahlkampf auf der ganzen Linie heiß entbrannt. Diejenigen Parteien, die am 13. Dezember v. J. die Regierung unterstützten — und wir Freikämiger sind stolz darauf, zu ihnen zu gehören — werden von den Gegnern aufs heftigste angegriffen. Allen voran ist auch hier wieder die Presse der Sozialdemokratie. Hier wirft man uns vor, „in den Reihen zusammengebrochen zu sein gegenüber einem verfassungswidrigen persönlichen Regiment,“ dort behauptet man läßt und laßt, wir hätten das Volk, wie so oft schon, verraten. Die Göttin Wahrheit verhüllt ob solcher Entstellungen ihr Haupt. Da erscheint es mir zunächst einmal angebracht, auf Grund der Tatsachen, und nur der Tatsachen, ich möchte sagen skizzenmäßig, festzustellen, um was es sich bei dem Kampfe zwischen Regierung und Volksvertretung denn eigentlich gehandelt hat und was der Grund der Auflösung des Reichstags in Wahrheit gewesen ist.

Die Ursache der Reichstagsauflösung.

Sie wissen, meine Herren, seit 3 Jahren herrscht in unserem südwestafrikanischen Schutzgebiete ein Aufstand; erst erhoben sich die Hereros, die in der Mitte des Landes, mehr nach dem Norden zu, wohnen, dann der Stamm der Hottentotten, der im Süden seine Wohnstätte hat. Meine Herren, ich gebe hier auf die Veranlassung und die Gründe des Aufstandes nicht weiter ein, denn darüber wird erst die Geschichte objektiv und wahrheitsgemäß urteilen können. Das eine darf man allerdings sagen, daß an diesem Aufstand unsere eigene Verwaltung, die in Südwestafrika ansässigen Ansiedler und Händler nicht ganz schuldlos sind. Es sind Fehler gemacht worden, große Fehler, die man hätte vermeiden können. Das hat auch die neue Leitung unseres Kolonialamtes unumwunden zugegeben. Aber für jeden Kenner der Kolonialgeschichte sind solche Aufstände doch im allgemeinen nichts neues: England, Frankreich, die Niederlande haben bis in die jüngste Zeit Kolonialkriege führen müssen. Das liegt in der Natur der Dinge begründet, und darum brauche ich darauf nicht weiter einzugehen. Wir stehen nun einmal vor der Tatsache eines Kolonialkrieges, und da meine ich, wie man auch zur Kolonialpolitik an sich stehen mag: für einen deutschen Mann kann es keinen Zweifel geben, daß alle Opfer gebracht werden müssen, und seien sie auch noch so groß, um den Aufstand völlig niederzuwerfen. Wir dürfen unsere braven Soldaten, die mit echt deutscher Tapferkeit und Ausdauer gegen einen grausamen Feind unter den größten Entbehrungen und Anstrengungen ihrer Väter würdig sich geschlagen haben, nicht im Stiche lassen, wir dürfen sie nicht der Not, dem Hunger und dem Glend preisgeben. Meine Herren, das ist so selbstverständlich, daß es sogar der Abgeordnete Bebel begriffen und als berechtigt anerkannt hat. Jetzt freilich kann sich die Sozialdemokratie nicht genug tun in Anklagen und Verurteilungen: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen! So lautet ihre Parole. Aber vor drei Jahren, als die ersten Forderungen wegen dieses Krieges gestellt wurden, da rief der Abgeordnete Bebel den bürgerlichen Parteien im Reichstage zu — es war in der Sitzung vom 19. Januar 1904 —: „Wir begreifen, daß Sie, nachdem jetzt dieser Aufstand ausgebrochen ist, die Verpflichtung besitzen, Ihrerseits alles anzubieten, um ihn so rasch wie möglich zu Ende zu führen. Damit aber“, so fuhr

er fort, — und an dieses Wort können die sozialdemokratischen Wähler in diesem Wahlkampfe nicht oft genug erinnert werden — „damit aber nicht der Anschein erweckt wird, als ob wir (die Sozialdemokraten) dem entgegengetreten, sind wir unsererseits übereingekommen, uns in diesem Falle der Abstimmung zu enthalten.“

Wie ganz anders heute! Damals zeigte der alte Bebel, der sich noch auf dem Dresdener Parteitag als den Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bezeichnet hatte — nicht zum ersten Male —, daß ihm nationales Empfinden doch nicht ganz fremd sei. Heute protestiert die Sozialdemokratie im Namen der „Kultur und Humanität“ gegen eine solche Verwendung der Steuergroschen, wie sie sich auszudrücken beliebt; heute ist es ihr gleichgültig, was aus unseren braven Soldaten und aus unseren Kolonien wird; heute stellt sie es so dar, als ob wir ganz überflüssiger Weise Tausende von Mannschaften gegen einige wenige Hunderte meist verkommenen Gesindels ins Feld geschickt hätten oder noch im Felde unterhielten.

Was aber ist die Wahrheit? Gewiß, meine Herren — Fürst Bälou hat es im letzten Reichstage erklärt: Der eigentliche Widerstand ist gebrochen. Erfreulicherweise hat sich noch in den letzten Tagen des verfloffenen Jahres der Stamm der Bondelwarts ergeben. Das stärkt die Zuversicht, daß der Krieg nun bald zu Ende gehen wird. Aber es wäre doch eine Torheit sondergleichen, ja es würde den Eingeborenen geradezu als ein Zeichen der Schwäche erscheinen, wollten wir nun unsere Truppen aus dem Aufstandsgebiete in größerer Anzahl, als es nach Ansicht der militärischen Fachmänner möglich ist, zurückziehen. Denn der Aufstand, der hier niedergeworfen ist, kann dort bald wieder aufflackern: das haben wir schon erlebt, das lehrt die Erfahrung. Und dann, meine Herren: wie kann man urteilsfähige Männer im Ernste glauben machen wollen, daß die 8000 Mann, die demnächst noch in Afrika sein werden, alle im Felde stehen? Davon kann gar keine Rede sein! Das sollte auch die Sozialdemokratie wissen, deren Vertreter doch auch, wie ich selber, den Verhandlungen der Budgetkommission des Reichstags beigewohnt haben. Wir haben dort genauen Aufschluß über die militärischen Verhältnisse erhalten. Ich kann hier nur das wichtigste daraus mitteilen. Wir haben erfahren, daß Tausende von Soldaten gar nicht an den Feind herankommen, einfach deshalb, weil sie unentbehrlich für den Etappenendienst sind, das heißt, weil sie einzig und allein in diesem weiten und zum Teil wüsten Lande, in einem Gebiete, das 1/4 mal so groß ist wie das deutsche Reich, dazu verwendet werden müssen, die Etappenstraßen zu sichern und dadurch den kämpfenden Kriegern die notwendigen Lebensmittel, den Proviant, zuzuführen. Wie mancher brave Soldat ist gleichwohl vor Hunger und Durst dahingestorben! Andere Soldaten sind für den Lazarettendienst unentbehrlich, andere werden zu anderen Zwecken verwendet. Tatsächlich ist von vier Soldaten nur einer an den Feind gekommen. Und weiter, meine Herren, etwa 10000 Hereros — Männer, Weiber und Kinder — haben sich ergeben, und sind zum Teil interniert. Daß auch für sie zahlreich Bewachungsmannschaften notwendig sind, ist doch selbstverständlich. Und erst dann, wenn der Friede überall wieder hergestellt sein wird, wenn die Ansiedler, ohne befürchten zu müssen, übermorgen aufs neue überfallen und mit Weib und Kind hingemordet zu werden, ihre friedliche Kulturarbeit wieder aufgenommen haben, erst dann wird es möglich sein, auch diese armen Menschen friedlicher Arbeit zuzuführen und sie auf die verschiedenen Ansiedlungsgebiete zu verteilen, wie es beabsichtigt ist.

Das sind die Tatsachen, das ist die Wahrheit, die von der Sozialdemokratie fortgesetzt verzerrt und entstellt wird. Diese Tatsachen hat die Zentrumsparterie niemals geleugnet: sie erkennt sie als richtig an und hat bisher, wie wir, die Liberalen, jeden Mann und jeden Groschen bewilligt, den die Regierung zur Niederwerfung des Aufstandes verlangte. Jetzt aber, wo glücklicherweise die Widerstandskraft der Eingeborenen gebrochen scheint, jetzt, wo es nur noch gilt, die erzielten Erfolge auszunutzen und den letzten Stoß gegen den Gegner zu führen, jetzt leugnet die Zentrumsparterie, wenigstens in ihrer großen Mehrheit, dieselbe militärische Autorität, die sie bisher anerkannt hat, und sie verlangt gewissermaßen vom grünen Tische des Parlaments, daß vom 1. April ab nicht mehr als 2500 Mann in Afrika verwendet werden sollen. Demnach erklärte die Zentrumsparterie, nur 20 statt der geforderten 29 Millionen bewilligen zu wollen. Meine Herren! Meinen politischen Freunden erschien dieser Vorschlag unausführbar, dieser Weg von Anfang an ungangbar. Selbst der Generalstab ließ darüber keinen Zweifel, daß die Entscheidung über diese Frage nicht ihm, sondern einzig und

allein dem Oberkommandierenden in Afrika zuzuführen werde. Das ist doch auch ganz klar. Denn die Verhältnisse sind oder können morgen wieder ganz andere sein, als sie heute oder gestern waren. Zu meiner lebhaften Freude teilt diesen Standpunkt auch eine Reihe von Mitgliedern der Zentrumspartei. Und auch der Führer der Zentrumspartei, Herr Dr. Spahn, hat dies im Reichstag ausdrücklich zugegeben und gemeint, wenn der Zustand wieder auflodere, müsse man neue Mittel bewilligen. Aber man wird die Truppen doch nicht heute heimsenden, wenn sie morgen vielleicht wieder unentbehrlich sind! Herr Dr. Spahn hat auch anerkannt, daß Herr Oberst v. Deimling, der Oberkommandierende in Südwestafrika, mit aller Energie bemüht sei, die Heimsendung der Truppen zu fördern; er hat ihm ausdrücklich, in der Reichstagsitzung vom 13. Dezember 1906, sein Vertrauen ausgesprochen. Wie sehr dieses Vertrauen begründet war, beweist die Tatsache, daß Herr v. Deimling inzwischen schon weitere 800 Mann heimzuenden beschlossen hat, und die Truppen in absehbarer Zeit, noch im Laufe des Rechnungsjahres 1907, auf 5000 Mann reduziert werden können, wie jetzt amtlich verlautet.

Meine Herren! Da ist man aber doch berechtigt zu fragen: Wie ist diesem Vertrauen gegenüber das Mißtrauen zu erklären, das in der ablehnenden Haltung der Zentrumspartei selbst gegenüber dem Vermittlungsantrage liegt, den wir freilich nun in den gestellten und den ich selbst schon in der Budgetkommission eingehend begründet habe. Meine Herren! In diesem Antrage waren alle Kautelen dafür gegeben, daß die Regierung auch in Zukunft mit allen Kräften auf eine weitere erhebliche Verminderung der Streitkräfte, auch über den 1. April hinaus, hinarbeiten werde, im Interesse der deutschen Steuerzahler! Die Regierung hatte diesen Antrag akzeptiert, aber er wurde, allerdings nur mit einer Mehrheit von 4 Stimmen, abgelehnt. Ich hege gar keinen Zweifel, daß er bei der dritten Lesung eine Mehrheit gefunden hätte. Schon bei der zweiten Lesung stimmten 4 Mitglieder der Zentrumspartei: außer dem Grafen v. Ballestrem die Herren v. Strombeck, v. Savigny und Humann, dafür. Doch der Reichskanzler ließ es zu seiner dritten Lesung kommen: sofort nach der Abstimmung erhob er sich und erklärte den Reichstag für aufgelöst. Offenbar wollte er mit dem Zentrum, der bisherigen ausschlaggebenden Regierungspartei, brechen. Diese koloniale Frage bildete also nur den äußeren Anlaß, nicht die innere Ursache der Auflösung. Wer noch daran zweifeln wollte, dem hat der Solvesterbrief des Reichskanzlers den letzten Zweifel daran genommen. Die Zentrumspartei hat dann sofort die schärfste Oppositionsstellung eingenommen; das ist ja auch nur verständlich. Aber sie wendet sich nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen die Parteien, die am 13. Dezember vorigen Jahres mit der Regierung unterlegen sind. Gegen diese Angriffe ist eine sachliche, aber entschiedene Abwehr geboten. Nun darf ich vorausschicken, was sich für mich von selber versteht, — meine ganze Vergangenheit beweist es —, daß ich ein Feind bin jeder konfessionellen Gehässigkeit oder Einseitigkeit, von welcher Seite sie auch ausgehen mag. Ich beteilige mich nicht an einer Politik, die den politischen Boden verläßt und den konfessionellen betritt. Ich mache einen Kreuzzug gegen die katholische Kirche, einen neuen Kulturkampf, nicht mit; wir haben an dem einen gerade genug gehabt.

Meine Herren! Die Religion ist eine Sache des Herzens, der inneren Ueberzeugung. Daher huldige ich seit meiner Jugendzeit dem Grundsatz des großen Preußenkönigs, der gesagt hat, in seinem Lande könne jeder nach seiner Fasson selig werden; und ich halte es auch mit unserem Kaiser, der einmal meinte: „Aber wir können uns doch wegen unserer religiösen Ueberzeugungen nicht wie unsere Vorfahren die Köpfe einschlagen, sondern wir müssen friedlich miteinander auskommen suchen.“ Gerade hier bei uns im bergischen Lande gibt es zahlreiche katholische Männer, die politisch auf freisinnigem, liberalem Boden stehen, und darum hoffe ich zuversichtlich, auch schon im ersten Wahlgang zahlreiche katholische Stimmen zu erhalten. Aber gegen die uns gemachten Vorwürfe der Zentrumspartei müssen wir uns mit aller Kraft wehren, wenn anders wir Selbstachtung besitzen.

Wehren aber müssen wir uns vor allem in diesem Wahlkreise gegen die, ich möchte sagen, vergifteten Pfeile, die die Sozialdemokratie, „im Namen der Kultur und Humanität“ — es ist fast zum Lachen! — gegen uns schleudert. Gegen uns nicht nur, meine Herren, sondern gegen alle bürgerlichen Parteien, auch gegen die konservative Partei, auch gegen die Zentrumspartei, vor allem aber gegen uns Liberale, gegen mich persönlich, den „freisinnigen Volksverräter“!

Was also wagt man uns zu sagen? Wir sollen, weil wir es ablehnen, in die Kriegsführung eingzugreifen und im voraus zu bestimmen, wieviel Truppen in einigen Monaten draußen in Südwestafrika im Felde stehen sollen. — „Wir sollen darum in den Knien zusammengebrochen sein gegenüber einem verfassungswidrigen, persönlichen Regiment!“ So las ich es in diesem Organ und so las ich es in

jeuen. Das sollen wir tun, die wir von Konstitutionalismus eingetreten sind. Wir, Gegenpart zur Sozialdemokratie — dem Kaisers ist, aber gerade im wohlverstandenen das Ziel erstreben, daß der Monarch selbst entrückt bleibe, und daß ihm, wie Fürst Bismarck die ministeriellen Bekleidungsstücke nicht fehlen, kein moderner Herrscher auf die Dauer entraten kann. In der Politik ist es, wie ein geistvoller Mann kürzlich sagte, wie im Schachspiel: Es gilt den König zu decken, und Sie werden mich allezeit auf der Seite derer finden, die den König zu decken bereit sind. (Lebhaftes Bravo und stürmisches Händeklatschen.) Wir sollen den Widerstand gegen das verfassungswidrige persönliche Regiment aufgeben haben! Nun, meine Herren, Sie alle wissen — ich sage Ihnen nichts neues —: weite Kreise unseres Volkes haben schon seit längerer Zeit, haben noch jüngst aus Anlaß der Interpellation des national-liberalen Herrn Bassermann es lebhaft beklagt — bis in die Reihen der Konservativen hinein —, daß bei uns in Deutschland von Zeit zu Zeit ein persönliches Regiment in der inneren wie in der auswärtigen Politik sich durchzusetzen scheine, das dem Ansehen unseres Volkes und nicht am allerwenigsten der Monarchie schade. Aber wo anders ist jede offene, ehrliche, loyale Kritik an den Reden und Handlungen unseres Kaisers — denn nur eine solche kann ich für erlaubt erachten — unmöglich gewesen, als gerade an der Stelle, wo sie in erster Linie berechtigt war — im deutschen Reichstag! Schon dadurch allein mußte das deutsche Parlament auf ein Niveau herabsinken, das seiner nicht würdig war. Vielleicht wird das jetzt anders werden. — Denn ich wiederhole es noch einmal: Ein persönliches Regiment — darüber herrscht unter allen Vaterlandsfreunden, unter allen monarchischen Parteien kein Streit — ein persönliches Regiment ist in einem modernen Staatswesen gleich schädlich, gleich verderblich für den Herrscher wie für sein Volk. Aber man spricht in der Presse auch von einem verfassungswidrigen Regiment. Nun, meine Herren, das hat, wie ich ausdrücklich konstatieren kann, kein einziger Abgeordneter im Reichstag selber getan, noch zu tun gewagt. Wer behauptet, die Forderung der Regierung für Südwestafrika sei verfassungswidrig, spricht wie der Blinde von der Farbe. Das sollte man der Sozialdemokratie überlassen. Für eine Regierung, die verfassungswidrig handelt, ist kein freisinniger, kein liberaler Mann zu haben. Das sollte auch von den politischen Gegnern anerkannt werden. Dafür bürgt die ganze Vergangenheit des Liberalismus! Wem anders als dem Liberalismus verdankt unser Vaterland den Verfassungsstaat! Nein, meine Herren, darum handelt es sich hier gar nicht, sondern es handelt sich lediglich darum, daß die Mehrheit des Reichstages der Regierung diejenigen Geldmittel verweigert hat, die sie nach bestem Wissen und Gewissen für notwendig hielt, unsere Waffenehre zu wahren und Deutschlands Ansehen in der Welt aufrecht zu erhalten. An dieser Tatsache lassen wir nicht rütteln oder deuteln.

Indes, meine Herren, diese vereinzelte Kolonialfrage wird bald von der Tagesordnung verschwunden sein. Der Reichstag wird diejenigen Forderungen bewilligen, die die Regierung entsprechend der glücklicherweise immer mehr fortschreitenden Verübung des Schutzgebietes für unerlässlich hält. Schon jetzt wird offiziös erklärt, daß diese Forderungen im neuen Etat erheblich herabgesetzt werden können; dann werden bald andere Fragen in den Vordergrund des öffentlichen Interesses treten. Aber ich schulde Ihnen doch noch ein Wort darüber, wie ich zur Kolonialpolitik im allgemeinen stehe.

Deutschlands Kolonialpolitik.

Meine Herren! Ich habe schon bei früheren Gelegenheiten innerhalb und außerhalb des Reichstags meinen Standpunkt klipp und klar zum Ausdruck gebracht. Deutschland ist in der Tat, was man auch dagegen sagen mag, eine Kolonialmacht geworden: diese Tatsache ist unabänderlich, und jeder Politiker muß mit ihr rechnen. Ja, ich gehe noch weiter: Deutschland mit seinem immer mehr wachsenden Welthandel, Deutschland, das an der Weltwirtschaft oder, wenn Sie lieber wollen, an der Weltpolitik von Jahr zu Jahr einen größeren Anteil nimmt, Deutschland, dessen Ausfuhrhandel 1905 den Wert von 13 1/2 Milliarden Mark bereits überschritten hatte,

Deutschland muß Kolonialpolitik treiben,

wenn es auf der Höhe seiner wirtschaftlichen, seiner industriellen und kommerziellen Leistungsfähigkeit bleiben will. Wir bedürfen einmal der Rohprodukte für unsere Industrie, die wir heute direkt oder indirekt aus Ländern beziehen — denken Sie nur an die Baumwolle oder den Kautschuk —, die auf dem Weltmarkt unsere Konkurrenten sind. Und daß Ostafrika, Kamerun, Togo, auch Samoa uns diese und andere Kolonialprodukte in absehbarer Zeit in guten Qualitäten liefern werden, ist mir sehr wahrscheinlich. Wir bedürfen der Kolonten aber auch, um neue Absatzgebiete für unsere Waren,

...e Industriegerzeugnisse zu erlangen. Ich weiß
 Herr: noch ist der Anteil unserer Kolonien an unserem
 Handel sehr gering, aber von Jahr zu Jahr ist er
 und er wird immer mehr steigen, besonders in Afrika, je mehr
 die Erdteile erbebt und der Zivilisation gewonnen wird.
 Die Engländer mit ihrem praktischen, klugen Sinn sind auch hier die
 Bahnbrecher gewesen: nicht nur im Kaplande, sondern auch an den
 Ufern des oberen Nil bis zu dem großen Seengebiet hinaus! Wie
 lange noch wird es dauern, und nicht nur der Telegraph, sondern
 auch die Eisenbahn verbindet Kapstadt und Kairo, den äußersten Süden
 mit dem äußersten Norden! Da dürfen auch wir nicht fehlen. „Raum
 für alle hat die Erde“, dieses Dichterwort hat auch heute noch seine
 Gültigkeit. Unsere Kolonialverwaltung hat seit Jahren freilich schwere,
 unüberwindliche Fehler gemacht. Aber man soll jetzt die Vergangenheit
 nicht mehr anklagen — das ist genug geschehen —, sondern den
 Blick in eine bessere Zukunft richten. Endlich hat die Regierung mit
 dem bisherigen System gebrochen, das uns Enttäuschungen über
 Enttäuschungen, Niederlagen über Niederlagen gebracht hat. Endlich
 hat sie einen Mann, der weder Offizier noch Assessor, sondern nur ein
 einfacher Kaufmann, aber sicher kein Bureaukrat ist, an die
 Spitze der Kolonialverwaltung gestellt, einen Mann, der, wenn nicht
 alles täuscht, Energie und Intelligenz genug besitzt, um gründlich
 Wandel zu schaffen und auch die Schuldigen zur Rechenschaft
 zu ziehen, soweit dies noch nicht geschehen ist. Ob Herr Dernburg,
 der dem liberalen Bürgertum entflammt, freilich alle Hoff-
 nungen erfüllen wird, die weite Kreise unseres Volkes heute auf ihn
 setzen, das kann niemand wissen. Aber seine bisherige Tätigkeit in
 seinem neuen Amte und nicht zuletzt auch sein ganzes Auftreten im
 Reichstage berechtigen uns dazu, ihm Vertrauen entgegenzubringen
 und eine glückliche Lösung der ihm gestellten schweren Aufgaben zu
 erhoffen. Denn daß die Aufgaben, die die Kolonialverwaltung zu
 lösen hat, schwer sind, das brauche ich Ihnen nicht zu sagen; doppelt
 schwer für ein Volk wie das unserige, das — sagen wir es offen —
 bisher noch wenig kolonialisatorisches Talent gezeigt hat.
 Aber darum ist doch kein Pessimismus an Plage; was nicht ist,
 kann noch werden. Auch die Engländer und Franzosen haben in
 ihren Kolonien großes Lehrgeld zahlen müssen, und sie haben doch
 reiche Früchte geerntet. Und darum dürfen auch wir hoffen, daß wir
 nicht heute und nicht morgen, aber vielleicht doch in absehbarer Zeit,
 sei es in Jahren oder Jahrzehnten, — denn wer kann in die Zukunft
 schauen — Freude an unseren Kolonien erleben werden, die heute
 noch unsere Schmerzenskinder sind. In jedem Falle dürfen Sie,
 meine Herren, versichert sein, daß, wenn ich in den deutschen Reichs-
 tag zurückkehren sollte, ich an meinem bescheidenen Teil dazu beitragen
 werde, unsere Kolonien durch rationelle Bahnbauten und andere
 Kulturmittel wirtschaftlich rentabel zu machen und so das ersuchte
 Ziel zu erreichen, dessen sich unsere Entel sicher erfreuen werden. (Bravo.)

Unsere Wirtschaftspolitik.

Aber dem neuen Reichstag werden noch andere Aufgaben
 gestellt sein, die für unsere gesamte Volkswirtschaft von größter
 Bedeutung sind. Zwar sind die wirtschaftspolitischen Kämpfe des letzten
 Jahres zu einem gewissen Abschluß gelangt, seitdem wir mit den
 meisten europäischen Staaten Handelsverträge auf lange Fristen ab-
 geschlossen haben. Ob von diesen Verträgen übereinstimmend daselbe gesagt
 werden darf, was von hoher Stelle über die Verträge des Grafen
 Caprivi gesagt wurde, ob auch diese Verträge einst als rettende Tat
 gepriesen werden dürfen, darüber gehen die Meinungen sehr aus-
 einander. Ich selbst bin nicht dieser Meinung, und auch die Rede
 des preussischen Finanzministers v. Rheinbaben in der Eröffnungs-
 sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses hat mich nicht vom Gegen-
 teil überzeugen können. Ja, ich fürchte, daß viele dieser Verträge —
 nicht alle, meine Herren — wegen ihres einseitigen agrarischen
 Charakters unserer Ausfuhrindustrie auf die Dauer nur
 Schaden bringen und den Export vieler Waren, die bisher auf den
 Auslandsmärkten lobnenden Absatz fanden, nach und nach unmöglich
 machen werden. Schon jetzt wissen unsere Exporteure hier im Ver-
 glichenen Lande ein Vieh davon zu singen. Schon jetzt müssen sie
 fürchten, den österreichischen Markt für viele Artikel zu verlieren, und
 in Ausland wird es, wenn dort einmal dauernd ruhige Zustände
 zurückgekehrt sind, nicht viel anders sein. In diesem Augenblick
 freilich herrscht noch auf dem Weltmarkt eine Hochkonjunktur, die für
 Handel und Wandel sehr erfreulich ist. Aber wie lange noch wird
 sie dauern? Im Gebiete der Kleinfabrikindustrie fangen die Auslands-
 aufträge schon an, nicht unerheblich nachzulassen; sie gehen jedenfalls viel
 langsamer ein als Ende 1905 und Anfang 1906. Und wie wird es
 dann werden, wenn die handelsfeindliche Tendenz der neuen Verträge
 ihre volle Schärfe herauskehren sollte? Doch sei dem wie ihm sei:
 sollte dieser Pessimismus unangebracht sein, sollte er, wie ich heute
 noch nicht glauben kann, durch die Tatsachen nicht bestätigt werden:
 niemand würde sich mehr darüber freuen als ich, denn die Plätze
 und das Glück des Vaterlandes stehen mir höher
 als eigene Rechthaberei. (Bravo.)

Unser Ausfuhrhandel.

Und dann darf doch auch zweierlei nicht unberücksichtigt bleiben.
 Einmal ist unser Inlandsmarkt heute voll beschäftigt, und zahlreiche
 Waren finden daher in der Heimat selbst gerüglichen Absatz. Außerdem
 aber wird unser Exporthandel mit den europäischen Staaten, insbesondere
 unser Handel mit den Vertragsstaaten, in seiner Bedeutung doch viel-
 fach überschätzt. Zwar betrug er im Jahre 1905 seinem Werte nach
 noch immerhin mehr als 4 1/2 Milliarden Mark. Aber der Wert
 unseres Warenverkehrs mit den Meistbegünstigungsstaaten
 mit denen wir keine Tarifverträge abgeschlossen haben, vor allem
 mit England, den amerikanischen Staaten, der Union, Argentinien
 und anderen Staaten, weist doch ganz andere Zahlen auf. So
 haben wir im Jahre 1905 von den Vereinigten Staaten von Nord-
 Amerika Produkte und Waren gekauft im Werte von 1004,3 Mill. M.,
 an Waren verkauft für 543 Millionen Mark. An England haben
 wir sogar Waren im Werte von 1057,8 Millionen Mark verkauft,
 während sich die Einfuhr von dort auf 784,3 Millionen Mark belief.
 Alles in allem erreichte der Wert unseres Ausfuhrhandels mit den
 Meistbegünstigungsstaaten die Höhe von 8036,6 Millionen Mark,
 und rechnen Sie dazu den Wert des Ausfuhrhandels mit denjenigen
 Staaten, mit denen wir überhaupt keine Verträge abgeschlossen haben,
 so steigt diese Summe auf 8670,6 Millionen Mark. Sie beträgt
 also über 4 Milliarden Mark mehr als der Wert unseres Ausfuhr-
 handels mit den Vertragsstaaten. Darum kann unsere Export-
 industrie auch jetzt noch getrost der Zukunft entgegensehen.

Neue Handelsverträge.

Die Aufgabe des neuen Reichstags wird es zunächst sein, einen
 Handelsvertrag mit Nordamerika zustande zu bringen, der
 den deutschen Handelsinteressen in anderer Weise gerecht wird, als
 die jetzt bestehenden Abmachungen. Wie Sie wissen, meine Herren,
 sind seit Wochen die amerikanischen Unterhändler in Berlin mit
 unsern Vertretern an der Arbeit, das von beiden Ländern erstrebte
 Werk zu fördern, und man darf ihren Beratungen nur den
 besten Erfolg wünschen. Ich fürchte nur, unsere Agrarier werden
 alles tun, was in ihren Kräften steht, um eine Gefundung unserer
 Handelspolitik, um Handelsverträge zu verhindern, die diesen Namen
 wirklich verdienen.

Aber auch unser handelspolitisches Verhältnis zu England und
 seinen Kolonien muß auf neue Grundlagen gestellt werden. Bisher
 wurde der Meistbegünstigungsvertrag, den wir mit England ab-
 geschlossen haben, von Jahr zu Jahr verlängert, aber niemand wird
 behaupten wollen, daß dieses Verhältnis ein auf die Dauer be-
 friedigendes sei. England aber ist, wie die vorgetragenen Zahlen
 Ihnen beweisen, unser bester Kunde: gerade für den englischen
 Export arbeiten Tausende und Abertausende
 deutscher Arbeiter in der Verfeinerungsindustrie, und jede
 Verbesserung unseres Ausfuhrhandels mit England kommt in erster
 Linie den deutschen Arbeitern zugute — schon aus dem
 Grunde, weil unsere Exportindustrie im wesentlichen Verfeinerungs-
 industrie ist, und der deutsche Arbeiter darin von
 keinem anderen Arbeiter der Welt übertroffen wird.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Darum sind es falsche Propheten, die dem Arbeiter immer
 wieder vorkaukeln, es gäbe keine Harmonie der Interessen
 zwischen Fabrikant und Arbeiter, zwischen Arbeitgeber und Arbeit-
 nehmer. Im Gegenteil, meine Herren, je größer der Absatz unserer
 Industrie auf dem Weltmarkt ist, desto besser ist es für den Fabrik-
 anten und Kaufmann, desto besser aber auch für Angestellte und
 Arbeiter. Und ich behaupte: der bestbezahlte, der bestgenährte, der
 bestgekleidete, ja, — so paradox, so widersinnig es klingen mag —
 der bestbezahlte Arbeiter ist für unsere Industrie gerade
 gut genug. Denn je besser die Schule ist, die der deutsche
 Arbeiter durchgemacht hat, je höher die Löhne, je besser seine ganze
 Lebenshaltung ist, desto leistungsfähiger wird er und desto mehr
 wird er dazu beitragen, die Lebenskraft und die Leistungsfähigkeit
 unserer Industrie auf dem Weltmarkt zu erhalten und zu stärken.
 Darum bin ich von jeher dafür eingetreten, daß der zukünftige
 Arbeiter, gleichwie der Handwerker, nicht nur eine gute Volks-
 schulbildung, sondern auch einen gründlichen Fertigungs- und
 Fachschulunterricht erhält. Darum habe ich von jeher die
 Politik der Lebensmittelerhöhung bekämpft,
 die zwar einem Teile unseres Volkes große Vorteile bringt, der
 Gesamtheit aber schadet und für die Industrie geradezu verderblich ist.
 Darum habe ich endlich stets den Standpunkt vertreten, daß Arbeit-
 geber und Arbeitnehmer gleichberechtigte Faktoren
 im Wirtschaftsleben sind und ein allezeit für die völlige
 Durchführung der Koalitionsfreiheit eingetreten.

Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

Darum werde ich auch, wie ich gleich hinzufügen darf, dem
 Gesetze über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine nur in einer
 Gestalt zustimmen, die für die Gesamtheit der Arbeiter von Segen

ist. Und es ist eitel Humbug, meine Herren — ich habe keinen anderen Ausdruck dafür —, wenn die Sozialdemokratie ihren Anhängern zu predigen nicht aufgehört, daß sie allein dieses „Antigewerkschaftsgesetz“ entworfen habe. Sämtliche Redner der Linken, auch der nationalliberale Herr Vassermann, auch der Redner der Zentrumspartei, Herr Giesberts, haben es getan und das dem Reichstag vorgelegte Gesetz für unannehmbar erklärt, weil es dem Arbeiter in der Tat Steine statt des Brotes gibt. Wie liegen denn die Tatsachen? Die Forderung nach der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ist älter als das Deutsche Reich. Schon am 4. Mai 1869 haben meine politischen Freunde, die Abgeordneten Schulze-Delitzsch und Genossen, im Norddeutschen Reichstag einen dahingehenden Gesetzesentwurf eingebracht, der auch im Plenum alle drei Lesungen passierte. Bis in die letzte Legislaturperiode hinein haben wir diesen Gesetzesentwurf immer wieder erneuert. Der letzte trug nach meinem Freunde den Namen Bargmann und Genossen. Und erst jetzt haben die verbündeten Regierungen das Prinzip, das wir seit 40 Jahren vertreten, als richtig anerkannt: sie erklären mit uns die Organisationen der Arbeiter für notwendig und nützlich. Ich betrachte das als einen erheblichen Fortschritt. Denn der organisierte Arbeiter ist mir immer lieber als der unorganisierte. (Bravorufe.) Ich habe diesen Standpunkt stets vertreten, und wer noch an seiner Wichtigkeit zweifeln sollte, den verweise ich z. B. auf die Tarifverträge, die im Buchdruckergewerbe seit langem abgeschlossen worden, trotz der mehr oder weniger heftigen Gegnerschaft der offiziellen Sozialdemokratie. Diese Tarifverträge sind ein Segen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Ich betrachte es also als einen erheblichen Fortschritt, daß die Regierung endlich dieses gesunde Prinzip anerkennt. Aber ich betrachte es zugleich als unerlässlich, daß dieses gesunde Prinzip in einer Weise praktisch durchgeführt wird, daß es für den Arbeiter wirklich von Segen sein wird. Der von der Regierung vorgelegte Entwurf ist ein ganz untaugliches Mittel dazu, darüber braucht man kein Wort weiter zu verlieren. Wenn ich dieses Urteil ausspreche, siehe ich fest und treu auf dem Boden der liberalen Grundzüge.

Liberaler Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Wem anders als dem Liberalismus verdankt denn der Arbeiter die wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften, deren er sich heute erfreut? Eine liberale Gesetzgebung war es einst, die das Recht der Freizügigkeit, das Koalitionsrecht für den Arbeiter geschaffen hat; darüber steht das Urteil der Geschichte fest, und niemals werden die Arbeiter weitere Fortschritte erzielen, es sei denn mit Hilfe des Liberalismus. Diesen echten liberalen Boden werde ich niemals verlassen! In einem Lande, wie dem unseren, das sich immer mehr zu einem Industriestaat ersten Ranges auswächst, in dem der Arbeiter eine so bedeutungsvolle wirtschaftliche und soziale Stellung einnimmt, in einem solchen Lande ist es Pflicht des wahren Vaterlandsfreundes, an seinem Teile dazu beizutragen, daß die ganze Lebenshaltung der Arbeiter stets in einem richtigen Verhältnis steht zu der anderer Berufsstände. Danach müssen wir alle streben, dann wird manchem deutschen Arbeiter auch die Freude am Vaterlande wiederkehren, die ihm jetzt verloren zu sein scheint. Dann wird er wieder des Dichterswortes eingedenk sein: Aus Vaterland, aus teurem Schicksal dich an, das halte fest mit deinem ganzen Herzen! Und nicht nur dem Arbeiter wird hoffentlich die Freude an dem Vaterlande wiederkehren. Denn leider kann man sich der Tatsache nicht länger verschließen, daß auch in anderen Kreisen unseres Volkes — dem Kaufmanns-, Handwerker- und Beamtenstand — eine tiefe Mißstimmung sich bemerkbar macht; nicht umsonst hat man das Wort: Reichsverdroffenheit geprägt. Die Gründe dafür sind verschiedener Art. Der Handwerker klagt mit Recht, ebenso wie der kleine Kaufmann, über die wachsende Konkurrenz der Großbetriebe. Aber eine liberale Gesetzgebung, die wir seit 30 Jahren nicht mehr erlebt haben, wird ihm sicher auch über diese Krisis hinweghelfen, wie sie ihn einst aus den Banden des Zunftzwanges befreit hat. Auch der Handwerkerstand, auch der kleinere und mittlere Betrieb, wird immer ein lebensfähiger und nützlicher Faktor in unserem Wirtschaftsleben bleiben, wenn er sich nur aller Hilfsmittel bedient, die unsere moderne Zeit mit ihrer hochentwickelten Technik ihm an die Hand gibt. Aber die Rezepte, die aus der Kumpfkammer der Zunftzeit geholt werden, sind und bleiben unbrauchbar. Ein gesunder und kräftiger Mittelstand ist für unsern Volkskörper unentbehrlich, er bildet seinen eigentlichen Kern. Darum habe ich schon seit Jahr und Tag den Standpunkt vertreten, daß auch der neue Mittelstand, wie man die Tausende und Abertausende von Angestellten in kaufmännischen, industriellen und technischen Betrieben zu bezeichnen pflegt, sein soziales Recht erhalte und nicht nur für den Fall der Krankheit, sondern auch des Alters und der Invalidität vor den größten Sorgen geschützt werde. Ich werde mich gern und freudig an einer Gesetzgebung beteiligen, die dieses Ziel erstrebt. Auch der Beamtenstand hat noch mannigfache Klagen, wie ich fast täglich persönlich zu erfahren Gelegenheit

habe. Ich darf mich heute auf die Versicherung beschränken, wie bisher, unserer Beamten, vor allem der mittleren Beamten, ganz besonders annehmen werde. Wir werden auch im letzten Jahrzehnt schon manchen schönen Erfolg erzielen!

Aber, meine Herren, was helfen solche Erfolge auf die Dauer? Was hilft dem Arbeiter, dem Handwerker, dem Beamten jeder neue soziale Fortschritt, der erzielt wird, so lange die Regierung die bisherige Wirtschaftspolitik fortzusetzen entschlossen ist, die in Wahrheit immer mehr zu einer Politik der Lebensmittelverknappung zu werden droht. Als wir im Reichstage über die Handelsverträge berieten, habe ich dem Grafen Posadowsky zugerufen: Eine gute Sozialpolitik ist nur möglich im Vereine mit einer guten Wirtschaftspolitik! Wer wollte dies zu bestreiten wagen! Was nützen schließlich alle Gesetze, die für Krankheit, Alter und Invalidität zahlreicher Volksschichten Fürsorge treffen, wenn dieselbe Gesetzgebung zugleich darauf ausgeht, zugunsten einer bestimmten Volksklasse den Lebensunterhalt der großen Masse der Bevölkerung zu verteuern und zu verschlechtern. Was hilft jede Lohnerhöhung, jede Gehaltsaufbesserung, wenn sie doch immer wieder wett gemacht wird durch eine künstliche Verteuerung der notwendigen Lebensmittel und Verbrauchsgüter, wie sie die konservativ-agrarische Mehrheit uns in den letzten Jahren beschert hat! Da haben Sie einen der Gründe — aber sicher den wichtigsten von allen! — für die Mißstimmung, die Reichsverdroffenheit, die in weiten Volksteilen tatsächlich herrscht, trotz aller Versuche, sie wegzuleugnen. Fürst Bülow hat in seinem Sylvesterbrief leider davon mit keiner Silbe gesprochen. Er hat auch nicht im mindesten durchblicken lassen, daß die Regierung zu der Erkenntnis zu gelangen beginne, was sie auf diesem Gebiete alles gesündigt habe, und zu einer Umkehr entschlossen sei. Das aber ist die wunde Stelle, in die wir so lange den Finger legen müssen, bis man von maßgebender Seite endlich die Gefahr erkannt hat, die unserm Volke droht. Noch ist es nicht zu spät!

Der Sylvesterbrief des Reichskanzlers hat im allgemeinen keine allzu lebhafte Zustimmung im Volke gefunden; das kann ja auch nicht wunder nehmen. Und doch bedeutet dieser Brief nach meiner ehrlichen Uebersetzung den Beginn einer neuen Ära, und darum sollte ihn der Liberalismus am allerwenigsten unterschätzen. Denn zum ersten Male hören wir hier aus dem Munde des leitenden Staatsmannes das Zugeständnis, daß auch das liberale Bürgertum in unserm öffentlichen Leben die ihm gebührende Stellung einnehmen muß, wenn das Gemeinwohl nicht Schaden erleiden soll. Zum ersten Male muß auch die Regierung bekennen, daß die Ausschaltung des Liberalismus, wie wir sie jetzt seit Jahren vor uns sehen, des Liberalismus, als eines wichtigen Faktors in unserm politischen Leben, zum Segen des Vaterlandes wärschlich nicht gedient hat, nicht hat dienen können. Und darum ergeht in diesen Tagen und Wochen, ergeht am 25. Januar an das liberale Bürgertum, den liberalen Städter wie den liberalen Landmann, der Ruf:

Auf die Schanzen!

Auf die Schanzen für die volle Durchführung und Ausbildung des wahren Verfassungsstaates, der die Rechte der Krone unangetastet läßt, aber die verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung und die Verantwortlichkeit der Minister ihr gegenüber erst zur Geltung bringt!

Auf die Schanzen für die bestehenden Rechte und Freiheiten unseres Volkes, vor allem für das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht, gegen jede Verkümmern und Einschränkung!

Auf die Schanzen für eine Wirtschaftspolitik, die dem Grundsatz folgt: „gleiches Recht für alle“, und die jede einseitige Ausbeutung der Staatsgewalt zugunsten einzelner bevorzugter Interessen ein für allemal ausschließt!

Auf die Schanzen auch für eine gesunde Steuerpolitik, die nicht den notwendigen Verbrauch und Verkehr unseres Volkes belastet, sondern jeden nach seinen Kräften zu den Lasten des Gemeinwesens beitragen läßt!

Auf die Schanzen für den Ausbau unserer sozialpolitischen Gesetzgebung — zur geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Hebung aller arbeitenden Klassen!

Auf die Schanzen endlich zur Wahrung der Ehre und des Ansehens unseres Volkes auf dem ganzen weiten Erdenrund!

**Deutschland, Deutschland über alles, über alles
in der Welt!**

(Eobhaster, langanhaltender Beifall.)

ist. Und es ist eitel Humbug, meine Herren — ich habe keinen anderen Ausdruck dafür —, wenn die Sozialdemokratie ihren Anhängern zu predigen nicht aufhört, daß sie allein dieses „Antigewerkschaftsgesetz“ entschieden bekämpft habe. Sämtliche Redner der Linken, auch der nationalliberale Herr Bassermann, auch der Redner der Zentrumsparthei, Herr Giesberts, haben es getan und das dem Reichstag vorgelegte Gesetz für unannehmbar erklärt, weil es dem Arbeiter in der Tat Steine statt des Brotes gibt. Wie liegen denn die Tatsachen? Die Forderung nach der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ist älter als das Deutsche Reich. Schon am 4. Mai 1869 haben meine politischen Freunde, die Abgeordneten Schulze-Delitzsch und Genossen, im Norddeutschen Reichstag einen dahinzielenden Gesetzesentwurf eingebracht, der auch im Plenum alle drei Lesungen passierte. Bis in die letzte Legislaturperiode hinein haben wir diesen Gesetzesentwurf immer wieder erneuert. Der letzte trug nach dem Namen Bargmann und Genossen. Und erst jetzt, unter der Regierung des Prinzip, das wir seit 4 Jahren als richtig anerkannt: sie erklären mit uns die Forderung der Arbeiter für notwendig und nützlich, das als einen erheblichen Fortschritt. Denn der Fortschritt ist mir immer lieber als der unorganisierte. (Wird hierauf die Regierung stets vertreten, und wer noch Zweifel hegen sollte, den verweise ich z. B. auf die Verhandlungen der im Buchdruckergewerbe seit langem bestehenden Gewerkschaften, die im Reichstag trotz der mehr oder weniger heftigen Gegner der Sozialdemokratie diese Tarifverträge sind eingeleitet und angenommen. Ich betrachte es also als einen Fortschritt, daß die Regierung endlich dieses gesunde Prinzip in einer Weise praktisch durchzuführen es für den Arbeiter wirklich von Segen sein wird. Die Regierung vorgelegte Entwurf ist ein ganz unbedeutendes, darüber braucht man kein Wort weiter zu sagen. Ich dieses Urteil ausspreche, siehe ich fest und sicher die liberalen Grundsätze.

Liberaler Sozial- und Wirtschafts

Wenn anders als dem Liberalismus verband die wirtschaftlichen und sozialen Erzeugnisse, erfreut? Eine liberale Gesetzgebung war es, die der Freizügigkeit, das Koalitionsrecht geschaffen hat; darüber steht das Urteil der Geschichte, daß die Arbeiter weitere Fortschritte erzielen. Hilfe des Liberalismus. Diesen echten liberalen niemals verlassen! In einem Lande, wie dem immer mehr zu einem Industriestaat ersten Ranges der Arbeiter eine so bedeutungsvolle wirtschaftliche einnimmt, in einem solchen Lande ist es Pflicht des freunds, an seinem Teile dazu beizutragen, daß die Haltung der Arbeiter stets in einem richtigen Verhältnisse anderer Berufsstände. Danach müssen wir auch manchem deutschen Arbeiter auch die Freude am Vaterland, die ihm jetzt verloren zu sein scheint. (Wird hierauf des Dichters Worte eingelesen: „Aus Vaterland schließ dich an, das halte fest mit deinem Land nicht nur den Arbeiter wird hoffentlich in Vaterland wiederkehren. Denn leider kann man sich länger verschließen, daß auch in anderen Kreisen dem Kaufmanns-, Handwerker- und Beamtenstand Stimmung sich bemerkbar macht; nicht umsonst Reichsverdrossenheit geprägt. Die Grundsätze der Arbeiter Art. Der Handwerker klagt mit dem kleinen Kaufmann, über die wachsende Konkurrenz. Aber eine liberale Gesetzgebung, die wir mehr erlebt haben, wird ihm sicher auch über helfen, wie sie ihn einst aus den Banden des hat. Auch der Handwerkerstand, auch der kleinere wird immer ein lebensfähiger und nützlicher Wirtschaftsleben bleiben, wenn er sich nur aller Hilfsmittel unsere moderne Zeit mit ihrer hochentwickelten Technik ihm an die Hand gibt. Aber die Rezepte, die aus der Kumpfkammer der Junkzeit geholt werden, sind und bleiben unbrauchbar. Ein gesunder und kräftiger Mittelstand ist für unsern Volkskörper unentbehrlich, er bildet seinen eigentlichen Kern. Darum habe ich schon seit Jahr und Tag den Standpunkt vertreten, daß auch der neue Mittelstand, wie man die Tausende und Abertausende von Angehörigen in kaufmännischen, industriellen und technischen Betrieben zu begreifen pflegt, sein soziales Recht erhalte und nicht nur für den Fall der Krankheit, sondern auch des Alters und der Invalidität vor den größten Sorgen geschützt werde. Ich werde mich gern und freudig an einer Gesetzgebung beteiligen, die dieses Ziel erstrebt. Auch der Beamtenstand hat noch mannigfache Klagen, wie ich fast täglich persönlich zu erfahren Gelegenheit

habe. Ich darf mich heute auf die Versicherung beschränken, wie bisher, unserer Beamten, vor allem der mittleren Beamten, ganz besonders annehmen werde. Wir werden auch im letzten Jahrzehnt schon manchen schönen Erfolg erzielen!

Aber, meine Herren, was helfen solche Erfolge auf die Dauer? Was hilft dem Arbeiter, dem Handwerker, dem Beamten jeder neuen soziale Fortschritt, der erzielt wird, so lange die Regierung die bisherige Wirtschaftspolitik fortzusetzen entschlossen ist, die in Wahrheit immer mehr zu einer Politik der Lebensmittelverknappung zu werden droht. Als wir im Reichstage über die Handelsverträge berieten, habe ich dem Grafen Posadowsky zugerufen: Eine gute Sozialpolitik ist nur möglich im Vereine mit einer guten Wirtschaftspolitik! Wer wollte dies zu bestreiten wagen! Was nützen schließlich alle Gesetze, die für Krankheit, Alter und

Arbeitslosigkeit zahlreicher Volksschichten Fürsorge treffen, wenn die Regierung zugleich darauf ausgeht, zugunsten einer bestimmten Klasse den Lebensunterhalt der großen Masse zu verteuern und zu verschlechtern. Was hilft es, jede Gehaltsaufbesserung, wenn sie doch nicht gemacht wird durch eine künstliche Verteuerung der notwendigen Lebensmittel und Gegenstände, wie sie die konservativ-agrarische Politik den letzten Jahren befehrt hat! Da haben Sie — aber sicher den wichtigsten von allen! — für die Reichsverdrossenheit, die in weiten Volksteilen, trotz aller Versuche, sie wegzuloggen. Fürst dem Sylvesterbrief leider davon mit lehrte. Er hat auch nicht im mindesten durchblicken lassen, was zu dem Erkenntnis zu gelangen beginne, was sie alles gesündigt habe, und zu einer Umkehr entschlossen aber ist die wunde Stelle, in die wir so legen müssen, bis man von maßgebender Seite erkannt hat, die unserm Volke droht. Noch ist es spät!

Der Reichskanzler hat im allgemeinen keine Stimmung im Volke gefunden; das kann ja auch nicht. Und doch bedeutet dieser Brief nach dem Ueberzeugung den Beginn einer neuen und darum sollte ihn der Liberalismus am schätzen. Denn zum ersten Male hören wir hier von dem leitenden Staatsmannes das Zugeständnis, daß die soziale Bürgerlichkeit in unserm öffentlichen Leben eine breitere Stellung einnehmen muß, wenn das Schicksal erleiden soll. Zum ersten Male muß auch annehmen, daß die Ausschaltung des Liberalismus, wie sie in den Jahren vor uns sehen, des Liberalismus, als eines der in unserm politischen Leben, zum Segen des Volkes nicht gebietet hat, nicht hat dienen können. Und diesen Tagen und Wochen, ergeht am 25. Januar die Bürgerlichkeit, den liberalen Städter und den Landmann, den Ruf:

Auf die Schanzen!

Schanzen für die volle Durchführung der Verfassung, die der Krone unangetastet läßt, aber die politischen Rechte der Volksvertretung und die Verantwortlichkeit der Minister ihr gegenüber bringt!

Schanzen für die bestehenden Rechte des Volkes, vor allem für das allgemeine, geheime, direkte Wahlrecht, Verkürzung und Einschränkung! Schanzen für eine Wirtschaftspolitik, die das alte „Gleiches Recht für alle“, die einseitige Ausbeutung der Staatsbeamten einzelner bevorzugter Interessen allemal ausschließt!

Schanzen auch für eine gesunde Wirtschaft, die nicht den notwendigen Verbrauch und Verkehr unseres Volkes belastet, sondern jeden nach seinen Kräften zu den Lasten des Gemeinwesens beitragen läßt!

Auf die Schanzen für den Ausbau unserer sozialpolitischen Gesetzgebung — zur geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Hebung aller arbeitenden Klassen!

Auf die Schanzen endlich zur Wahrung der Ehre und des Ansehens unseres Volkes auf dem ganzen weiten Erdenrund!

Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!

(Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

